

DONNERSTAG, 11. FEBRUAR 2016

Schaffhauser Intelligenzblatt

155. JAHRGANG, NUMMER 34, AZ 8200 SCHAFFHAUSEN, PREIS FR. 3.10

Neuanfang Nationalspielerin
Sandy Maendly will beim FCN
wieder in Schwung kommen.

Sport Seite 25

Sparpolitik Der Kanton Schaffhausen
wehrt sich gegen Sparpläne des Bundes
in der Landwirtschaft.

Schaffhauser Bauer Seite 26

Atomkritiker Käthi Furrer stellt für
«Klar!» ein neues Logo und fünf
Thesen zur Endlagersuche vor.

Region Seite 22

Schaffhauser Nachrichten

SEIT 1861



Forderungen in «Benkener Thesen» verpackt

Klar! Schweiz vergleicht das Vorgehen von Nagra und Bund mit einer eigensinnigen Expedition. Ein Umbau der Nagra, ein neuer Entsorgungsnachweis und Kostensicherheit sind drei der Forderungen im Thesenpapier.

VON MARK GASSER

BENKEN Während im nördlichen Weinland die Firma DMT mit den schweren Vibrationsfahrzeugen an ausgewählten Standorten zwecks 3-D- und Seismikmessungen die Erde erschüttern lässt, sorgte gestern auch in der «Sonne» in Benken eine Organisation für Lärm: Der Vorstand von Klar! Schweiz (Kein Leben mit atomaren Risiken) präsentierte ein Papier mit fünf «Benkener Thesen», um kurz vor Abschluss der zweiten Etappe des Partizipationsverfahrens «die Situation aus der Sicht von Klar! Schweiz in einer Art Zwischenbilanz der Öffentlichkeit vorzustellen». Bei dieser Gelegenheit stellten Gründer Jean-Jacques Fasnacht und Co-Präsidentin Käthi Furrer auch das neue Logo von Klar! vor, welches eine Grafikerin aus Andelfingen entwarf. «Es war Zeit für ein neues Outfit. Aber die Aussage bleibt gleich», meinte Käthi Furrer.

Unabhängige Nagra gefordert

Einleitend stellte dann Martin Ott, Klar!-Vorstandsmitglied und Mitglied in der Fachgruppe Sicherheit der Regionalkonferenz Zürich-Nordost, die fünf Thesen vor – darunter auch alte Forderungen wie jene nach mehr Unabhängigkeit der Nagra, welche von den Betreibern der Atomkraftwerke – Bund, Kantone und Genossenschaftsmitglieder – finanziert ist: Er verglich die Nagra mit einer Expedition zur Besteigung eines 8000ers. Eine Expedition sei nicht ohne Ausstiegskriterien zu planen für den Fall, dass der Sauerstoff oder das Essen ausgeht oder das Wetter sich ändert während der Besteigung. Wie die-

«Der Betroffene vor Ort ist der beste Partner zur Gewährleistung von Sicherheit.»

Martin Ott
Klar!-Vorstandsmitglied

gruppe der Regionalkonferenz wehrt – im Gegenzug hätte sie den eigenen Boden für 3-D- und Seismikmessungen in Aussicht gestellt. Dass nun Untersuchungen in Jestetten, wie das BfE verkündete, nicht mehr projektre-

levant sein sollen, bezweifelt Geologe Marcos Buser. Den Untergrund gelte es genauso zu untersuchen, da im betroffenen Gebiet die Plattentektonik «sehr wichtig» sei. Der altbekannte Nagra-Kritiker stellte eine weitere These (3) vor betreffend Lagertiefe. Buser zitierte neuere geologische Gutachten, basierend auf Versuchen im Felslabor Mont Terri, welche die mögliche Tiefenerosion im Gebiet Zürich Nordost nicht ausschliessen. Folge: Die geologische Schutzschicht könnte bei einer Eiszeit wegerodieren. Das radioaktive Abfalllager läge dann nahe der Erdoberfläche. Versuche hätten auch gezeigt, dass die aufgefahrenen Stollen im Opalinuston weniger standfest waren als einst angenommen. Als Folge des Drucks müssten Stahl und Spritzbeton für die Lagerstollen und Behälter verwendet werden.

Neuer Entsorgungsnachweis
Wegen solcher Vorbehalte forderte jüngst auch der Ausschuss der Kantone eine vertiefte Untersuchung des Gebiets «Nördlich Lägern». Buser geht

weiter: Er verlangt gar einen neuen Entsorgungsnachweis für HAA, um die Stabilität des Opalinustons unter Einbezug neuer Lagerkonzepte zu beweisen.

Kritik übt Klar! Schweiz letztlich auch am Einlagerungskonzept (These 4), das der hiesigen «Planungskultur» widerspreche: Das Lager gehöre raumplanerisch in ein Industriegebiet. Auch die Technik der Umverpackung der radioaktiven Abfälle für die Endlagerung sei noch nicht gelöst. Die «Heisse Zelle» zum Umpacken sei für die Landwirtschaftszone und die gesamte Region Weinland ein Sicherheits- und Attraktivitätsrisiko, so Martin Ott.

Martin Graf, 2015 abgewählter Zürcher Regierungsrat, war von Amtes wegen selbst vier Jahre im Axpo-Verwaltungsrat. Er übte als fünfte These Fundamentalkritik an der Finanzierungslücke der Entsorgung (siehe Kasten). Klar! sieht die fünf Thesen als Beitrag an die aktuelle Entsorgungsdiskussion. Denn die Regionalkonferenz sei nach ein paar Jahren Partizipation etwas ein «interner Club» geworden, so Furrer.



Atomkritiker in neuem Kleid (von links): alt Regierungsrat Martin Graf, Klar!-Co-Präsidentin Käthi Furrer und Geologe Marcos Buser mit dem neuen Klar!-Logo. Im Hintergrund ist Vorstandsmitglied Martin Ott beim Interview. Bild Mark Gasser

Entsorgungskosten

Alt Regierungsrat sieht Finanzierung in Gefahr

BENKEN In einen veritablen Furor redete sich der ehemalige Regierungsrat der Grünen, Martin Graf, beim Thema «Finanzierung eines Tiefenlagers» – gleichsam eine der kritischen Thesen von Klar! Schweiz. Die Kostenstudie von 2011 für eine Endlagerung beziffert das Tiefenlager inklusive Entsorgung des radioaktiven Mülls auf 20,7 Milliarden Franken. Dies umfasst die gesamten Kosten für Nachbetrieb, Rückbau und Entsorgung der radioaktiven Abfälle sowie den Betrieb des Zwischenlagers: Über eine Betriebsdauer von 50 Jahren wird dem Endkunden 1 Rappen pro Kilowattstunde dafür verrechnet. Dennoch fehlen aus Sicht Graf's wichtige Parameter: Die Kostenfolgen einer Verlängerung der ordentlichen Betriebsdauer der Atomkraftwerke von 10 auf 60 Jahre, die Umsetzung der Rückholbarkeit sowie die Risikobewertung einer allfälligen Freisetzung von Radioaktivität seien nicht enthalten. Unabhängig von diesen Elementen, welche die Kostenstudie 2016 enthalten müsste, seien die bisherigen Kostenschätzungen seit 1992 von Jahr zu Jahr um 500 Millionen Franken höher ausgefallen.

Wird Staat einspringen müssen?

Die Fonds zur Entsorgung und zur Stilllegung der Atomkraftwerke deckten nach vier Fünfteln ihrer Laufzeit nur rund 55 statt 80 Prozent der bisher veranschlagten Kosten. Fraglich sei auch, ob sich (bei abnehmenden Strompreisen) eine Verlängerung der Betriebsdauer überhaupt auszahle. Bei sinkenden Stromkosten und Erträgen der Konzerne sowie steigenden Kosten für Stilllegung und Entsorgung werde der Staat das Finanzierungsloch decken müssen. Daher befürchte er, «dass am Schluss das Portmonnaie über die Entsorgungsstrategie entscheiden wird».

Von den 20,7 Milliarden Franken für die Stilllegung und die Entsorgung werden 11,5 Milliarden über die Fonds bezahlt, 9,2 Milliarden direkt von den AKW-Betreibern. Das Fondsvermögen beträgt derzeit 6,1 Milliarden Franken. Direkt haben die AKW-Betreiber bislang 5,3 von 9,2 Milliarden einbezahlt. (M. G.)